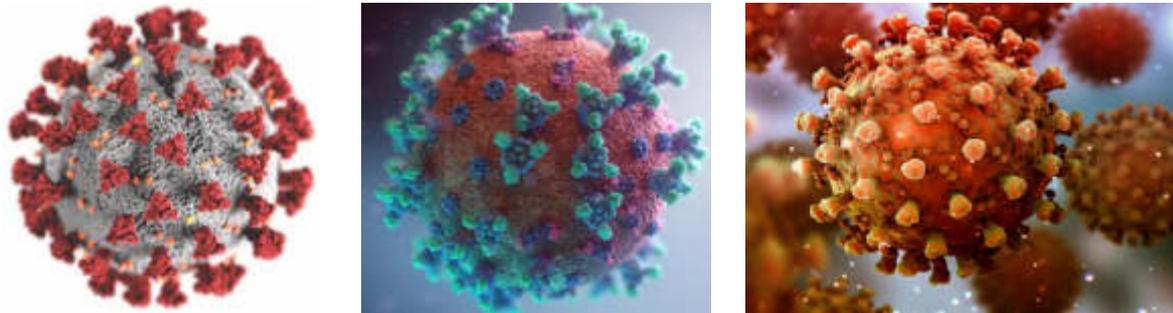


# Corona-Absurdistan und Angstpeitsche



Die Mediengrafiker übertreffen sich permanent in der Schönheit des Virus SARS-CoV-2, jede Mutante ein neues Bild.

Hamsterrad der Politik: Durchhalten bis Weihnachten, Durchhalten bis 10. Januar, bis Ende Januar, bis 14. Februar ... weiter Durchhalten bis Ostern ... bis zum Sommer ... (nicht vergessen: endet am 21. September!)

Nachdem seit Anfang November 2020 ein mehr oder weniger starker Lockdown gilt, erklärt Kanzlerin Merkel am 26.01.2021 vor CDU-Funktionären: „Uns ist das Ding entglitten ... wir müssen noch strenger werden ... Deutschland sitzt auf einem Pulverfass.“ Zu viele Menschen seien immer noch ins Ausland gereist, Reisen ins Ausland könne man wegen der DDR-Erfahrung nicht einfach verbieten, die Gesundheitsämter hätten zu viele Ausreden, warum sie sich nicht an einer einheitlichen Software zur Nachverfolgung beteiligen.“ Kein Wort der Analyse, warum die Zahlen trotz Lockdown und strengen Maßnahmen immer noch sich auf hohem Niveau bewegen.

Zahl der Neuinfizierten, Inzidenz, R-Wert, Zahl der Toten, Belegung der Intensivbetten, alles wird gezählt und statistischen Modellierungen unterworfen. Wer zählt eigentlich die Verluste und Kollateralschäden: Anzahl der auf eine OP Wartenden, Anzahl der arbeitslosen Künstler, Anzahl der geschlossenen Gaststätten, Anzahl der ausgefallenen Sportstunden, fehlendes Wissen ... Welche Krankheiten gibt es noch? Wie viele Menschen sind da auf einer Intensivstation? Wie viele sterben täglich? Alte Regel: Glaube nie einer Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!

Die britische Virus-Mutante ist 70 % infektiöser, ist 35 % infektiöser (Drosten), ... man kann es kaum glauben, führt auch manchmal sogar zum Tod, soll sogar tödlicher sein. Isolierung der davon Betroffenen in der Isolierung.

Die Inzidenz muss runter auf 50 Infizierte/100 000 Einwohner, damit die Gesundheitsämter wieder die Nachverfolgung schaffen. Anfang Oktober 2020 lag die Inzidenz unter 50, die Gesundheitsämter kamen nicht mehr hinterher. Warum sollten sie es diesmal schaffen? Weil sie jetzt eine neue Verwaltungssoftware einsetzen? Macht eigentlich die Nachverfolgung noch Sinn? Meldung am 30.01. in der Berliner Zeitung: Die Kontakte eines mit der britischen Variante Infizierten werden im Elbe-Elster-Kreis nachverfolgt, toll!

Die MPK ordnete am 19.01.2021 eine Pflicht zum Tragen medizinischer Masken (besonders FFP2) in Geschäften und im Bus und Bahnen an. Zur gleichen Zeit wird auf der Internetseite des RKI vor dem privaten Gebrauch von FFP2-Masken gewarnt, sie könnten wegen des höheren Atemdrucks zu gesundheitlichen Schäden führen.

**AHA ist out! Abstand – ja, Hygiene – ja, Alltagsmasken – reicht nicht mehr! L kam hinzu: Lüften!**

Gesundheitsminister Spahn steht im Verdacht, im Frühjahr 2020 Millionen Masken bestellt, diese aber nie bezahlt zu haben. Damit beschäftigen sich jetzt Anwälte. Ist die neue Maskenpflicht ein Deal mit den Maskenhändlern, um Steuergelder als Strafzahlung einzusparen?

Wer nutzt eigentlich noch die Corona-App, das Wundermittel gegen die Pandemie? Und was hat sie gebracht?

Was ist ein Pik? Wir kennen mittlerweile hunderte schlaffe Oberarme von Alten, wissen wie eine Spritze aussieht und dass die Nadel fast 3 cm im Körper versenkt wird.

Bisher wurden 1,5 Millionen Bürger geimpft, vor allem Bewohner von Altenheimen, über 80-jährige, Pflegekräfte und medizinisches Personal. Als Auszeichnung für ihre Bereitschaft sollen sie das Privileg erworben haben, wieder in alle Welt zu reisen. Vorschlag an Lufthansa und TUI: Einführung eines Impf- und Letzte-Reise-Bonus!

AstraZeneca muss sein Vakzin erst noch der neuesten Virus-Mutante anpassen, hat Produktionsschwierigkeiten in einigen Werken und kann deshalb nicht schnell genug liefern. Die Medien verschweigen weitgehend die Anpassungsnotwendigkeit. Brachte der Brexit den Engländern mehr Impfdosen ein, dort wird fleißig das neue preiswerte Vakzin verimpft?

Ende Januar 2021 wird von Medien verkündet, dass dieses Wundermittel bei alten Menschen gar nicht wirken soll. Die Firma widerspricht vehement. Es stellt sich heraus, dass angeblich nur Zahlen verwechselt wurden: In der Zulassungsstudie waren 8 Prozent Senioren, diese Zahl wurde als 8 Prozent Wirksamkeit bei Senioren interpretiert. Die EMA lässt dennoch am 29.01. das Vakzin für alle über 18 Jahre zu. Die deutsche Impfkommision empfiehlt es dagegen nur bis 64 Jahre! In Großbritannien gibt es bei Rentnern, die schon damit geimpft wurden, dadurch große Unruhe. Man spricht schon vom „Impfkrieg“ Deutschlands gegen England. In Deutschland kommt der Impfplan durcheinander.

Die EU streitet sich mit AstraZeneca über die Lieferverträge, die offensichtlich keine konkreten Liefermengen zu konkreten Zeitpunkten vorsehen. Die Verträge werden zwar veröffentlicht, die entscheidenden Passagen sind aber geschwärzt.

Israel gilt als Weltmeister im Impfen und Vorbild für deutsche Medien, aber hat viele Dosen für viel Geld und Übergabe der Impfdaten an die Konzerne erkaufte. Und wer wird geimpft? Die Orthodoxen? Die Palästinenser in den besetzten Gebieten? Die Bewohner der arabischen Viertel? Palästina hat noch keinen Impfstoff erhalten.

Wenn die erstrebte Inzidenz von 50 erreicht ist, soll es wieder Lockerungen geben. Neben dem Besuch von Schulen und Kitas sollen dann zuerst die Friseure wieder öffnen (Nebenbemerkung von Merkel am 21.01. auf einer Pressekonferenz). Nach Vorstellung des sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer vor allem im Hotspot als erstes: In Sachsen, wo die schönen Mädchen auf den Bäumen wachsen ...

Sind Friseure systemrelevant? Aus hygienischen Gründen? Wer noch?

Der neueste Schrei von 130 Wissenschaftlern und anderen Geistesgrößen, der von der ZEIT publiziert wird: Zero-Covid oder 0-Covid in Europa in einer globalen Welt durch strengen Lockdown. Nur, keiner sagt, was das praktisch heißen soll. Wenn schon nicht in der ganzen Welt, dann wenigstens in einer grünen Zone in Deutschland mit innerdeutschen Grenzen zu Risikogebieten. Und wehe, wenn jemand an der Realisierbarkeit dieser Idee zweifelt oder keine Verhältnisse wie in China oder Neuseeland will, dann gehe er zynisch über die 50 000 Toten hinweg. Im Übrigen: In Neuseeland waren die Kitas immer offen!

Was ist eigentlich ein strenger Lockdown? Stilllegen der Industrieproduktion, der Baustellen, der Nahrungsgüterproduktion, der Lieferketten, aller Büros, aller Schulen und Kitas, aller Medien? Stilllegung des ÖPNV? Was ist dann aber systemrelevant? Bundestag, Länderparlamente, Kraftwerke, Wasserwerke, Lebensmittelmärkte, doch der ÖPNV, Müllentsorgung, Stadtreinigung, Polizei, Feuerwehr, technische und medizinische Notdienste, Verfassungsschutz, Gerichte, Gefängnisse, doch die Medien, Gesundheitsämter, Krankenhäuser, Altenheime, Arztpraxen, Rechtsanwaltskanzleien, Online-Handel, Lieferdienste, Post, Steuerbehörde, Dienststellen zur Bearbeitung der Überbrückungshilfe-Anträge und der Fürsorge, Standes- und Bürgerämter? Also niemand mehr unterwegs und keine Kontakte?

Friedrich Merz unterlag auf dem CDU-Parteitag bei der Wahl zum Parteivorsitzenden Armin Laschet. Zwei Stunden später brachte er sich als sofortigen Wirtschaftsminister in der Merkel-Regierung ins Gespräch. Sind solche narzisstischen Anfälle Spätfolgen einer Corona-Erkrankung oder eine Dauerimmunsierung durch das Virus gegen Vernunft und Anstand?

Von Merz stammt auch die weise Warnung, man solle sich in Deutschland nicht infektiös daran gewöhnen, ohne Arbeit zu leben.

Bundespräsident Steinmeier zündete im Januar 2021 mit Tränen in den Augen eine Kerze für die über 50 000 Corona-Toten an, stellte sie medienwirksam in das Fenster von Bellevue und forderte uns auf, es ihm gleichzutun. Wer kontrolliert das? Allen, die jüngst an Krebs, Herzinfarkt, Lungenentzündung ohne Corona, durch Unfall oder einfach so ums Leben kamen, bleibt nichts anderes übrig, als sich im Grab umzudrehen. Als Corona-Toter gilt man was. Da denkt sogar der Bundespräsident an ihn.

Planbare Operationen werden in vielen Krankenhäusern immer noch verschoben (auch ich bin betroffen), um Betten für Corona freizuhalten. Die Zahlungsausfälle der Krankenhäuser und der Ärzte gehen in die Millionen. Die gesundheitlichen Schäden für die Betroffenen kann niemand berechnen. An einigen Orten werden Kliniken für immer geschlossen, das Notkrankenhaus in Berlin steht leer, 5 000 Intensivbetten von 30 000 sind zeitweise mit Corona-Patienten belegt. Wer bestimmt eigentlich das Limit des Gesundheitswesens, der Bedarf oder ...?

In Berlin wurde 2020 vorsorglich ein Notfallkrankenhaus mit 488 Betten eingerichtet. Bis 31.12.2020 beliefen sich die Gesamtkosten der Messeklinik auf 40,2 Mio EUR. Als Bundespräsident Steinmeier das Haus besichtigte, waren kurzzeitig auch Beatmungsgeräte zur Schau aufgestellt. Monatlich kostet das ungenutzte Krankenhaus 1,5 Mio EUR. Auch fehlt das nötige Personal, 380 Pflegekräfte wären notwendig. Einem Aufruf des Senats folgten 114 Helfer mit medizinischem Hintergrund, darunter nur 43 Pflegekräfte. Nur 27 hatten schon mal auf einer Intensivstation gearbeitet. Das Ganze ist ein modernes Potemkinsches Dorf.

Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig (SPD) fetzen sich medienwirksam auf der MPK wegen Schulschließungen. Schwesig setzt im Fernsehen nach und lässt kein gutes Haar an der Impfstoffbestellung der EU und der Bundesregierung. Ist das doch ein vorgezogener Wahlkampf?

Stundenlang wird auf der MPK über das Thema Schul- und Kita-Schließungen gestritten. Schließlich einigt man sich (zumindest so wird es kommuniziert), dass bis 14. Februar alle Schulen und Kitas grundsätzlich geschlossen bleiben. Einen Tag später teilen einige Bundesländer mit, dass sie die Schulen bereits wieder ab 1. Februar öffnen wollen. Manche Kitas sind trotz Schließung voll mit Kindern. Wenige Tage später rudern einige Länder – angeblich wegen der englischen Mutante – wieder zurück.

Auch in Berlin wurde einen Tag nach der MPK am 05.01.2021 beschlossen, dass ein Teil der Schüler bereits ab 18. Januar in die Schule zurückkommen darf, obwohl der Regierende Bürgermeister am gleichen Tag verkündete, man halte sich strikt an den MPK-Beschluss. Noch zwei Tage später wurden Anträge von Schulen auf Verschiebung durch die Schulsenatorin Scheeres abgelehnt. Zeitgleich lief eine Online-Petition, die über 50 000 Lehrer, Eltern und Bürger unterschrieben, die verlangte, Präsenzunterricht erst wieder zu erlauben, wenn die Pandemie unter Kontrolle ist. Am Abend des Tages gab der Senat nach und setzte die Präsenzplicht weiterhin aus.

Der Bundesgesundheitsminister versprach im November allen über 60-jährigen drei kostenlose FFP2-Masken im Dezember und 6 weitere im Januar. Am 26.01.2021 war bei uns davon Begünstigten noch nicht einmal der Gutschein von der Bundesdruckerei angekommen. Am 29.01. kam der erste, am 02.02. der zweite, jeweils mit einem Brief der Bundesregierung.

Der Berliner Senat beschloss am 20. Januar 2021 (Verordnung gültig bis 14.02.) u.a., dass in dieser Winterzeit alle Strand- und Freibäder geschlossen bleiben. Sehr fürsorglich! Nix mit Eisbaden!

Auch der Berliner Senat beschloss eine „15-km-Leinen-Regel“ (bei Überschreitung von 200 Infizierten/100 000 Einwohner), damit niemand zum Rodeln die Stadt verlassen kann. Die Inzidenz stoppte bei 199,8, sodass die Regel nicht in Kraft gesetzt werden musste.

Für die Gaststätten und Geschäfte sowie die Kulturschaffenden, die im November bereits ihr Geschäft schließen mussten, sollte es Novemberhilfen und später Dezemberhilfen geben. Weil eine Software nicht funktionierte, hatten viele im Januar immer noch kein Geld bekommen, manches konnte noch nicht einmal beantragt werden.

Zu Silvester war der Verkauf von Feuerwerkskörpern verboten, ALDI, Kaufland und Co. verteilten dennoch Kataloge mit ihren Böllerangeboten.

Alle Geschäfte, die noch öffnen dürfen, werben ständig weiter mit Schnäppchen, um die Mobilitätsquote der Bürger hochzuhalten, damit ja keiner auf die Idee kommt, nur das Notwendigste zu kaufen.

„Click und collect“ ist das neue Zauberwort: Einfach bestellen, in den Baumarkt oder Mediamarkt fahren und abholen, tolle Idee, das spart doch Verkäuferinnen und Verkäufer, und hält die Mobilität hoch.

Die kleinen Einzelhändler werden nicht mehr gebraucht, die Non-Food-Abteilungen von ALDI, Norma, Netto haben sie ersetzt. Amazon wäscht sich die Hände mit eingesparten Steuern und treibt die Mobilitätskurve dank der flinken Paketboten nach oben.

Wer frisiert eigentlich die Politiker, Fernsehansager, Soldaten, Sportler? Blüht die Schwarzarbeit wieder auf?

Wo gehen Escort-Damen jetzt ihrem Gewerbe nach, die Hotels sind doch zu und Körperkontakte verboten. Oder gibt es noch genug Geschäftsreisende, die im Hotel per Videoschleife Sex wünschen?

Die Sparguthaben der Bürger steigen und steigen, auch zeitweise der Wert der Investment- und Aktienfonds. Niemand muss mehr noble Opern- oder Konzertkarten kaufen, teure Gaststätten-Rechnungen begleichen und Trinkgeld geben. Stornos für Weltumsegelungen, für Kreuzfahrten, für Hotelbuchungen und nicht angetretene Bus- und Bahnreisen füllen die Konten.

Tolle Sportevents im Fernsehen, wozu werden eigentlich noch Zuschauer gebraucht? Das Geld fließt auch so. Toll ist, dass jetzt jedes Schimpfwort auf dem Platz bis ins Wohnzimmer zu hören ist.

In Endlos-Schleifen-Talks (Will, Illner, Plasberg, Lanz, Maischberger) werden im Fernsehen immer die gleichen Fragen mit immer den gleichen Leuten diskutiert.

In einer der jüngsten Talk-Show begrüßte Maybrit Illner eine Virologin, die per Video zugeschaltet war, „gendergerecht“ als „Gästin“!!

Der linke Ministerpräsident Bodo Ramelow von Thüringen, das Bundesland mit der höchsten Inzidenz und der niedrigsten Impfquote, spielte während der Ministerpräsidentenkonferenz am 19.01.2021 zur Entspannung auf seinem Handy Candy Crush und erreichte dabei 10 Level. Voller Stolz berichtete er darüber in einer Internet-Plauderrunde.

Die Berliner Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci kündigte am 28.01.2021 im Berliner Abgeordnetenhaus mit voll Stolz geschwellter Brust, dass Berlin bereitstehe, „bei der Impfstoff-Produktion mitzuhelfen“. Gespräche liefen bereits. In der RBB-Abendschau erklärte der Regierende Bürgermeister Müller mit zerknautschter Miene, bei der Firma solle der Impfstoff nur abgefüllt werden. Doch das Pharmaunternehmen „Berlin-Chemie“ dementierte alle Ankündigungen am Abend. „Die Technologie, über die das Unternehmen verfügt, ist für die Produktion von Impfstoffen nicht geeignet“. In der Presse werden Rücktrittsforderungen gegenüber der Senatorin laut.

Am 01. Februar gab es im Bundeskanzleramt einen sog. „Impfgipfel“, die Bundeskanzlerin nannte ihn „Arbeitsgespräch“. Daran nahmen Mitglieder der Regierung, Vertreter der EU, die Ministerpräsidenten der Länder und Vertreter der Pharmaindustrie teil. Die Berliner Zeitung fasste Inhalt und Verlauf wie folgt zusammen: „Die Pharmabranche hat die Impfstoffproduktion erklärt. Die ist äußerst komplex. Deswegen dauert alles etwas länger. Aber die Zusage, bis Ende des Sommers würden alle Impfwilligen ein Impfangebot bekommen, gelte nach wie vor. Es sei denn, es komme etwas dazwischen. Dann dauere es noch ein bisschen länger. In jedem Fall habe man viel gelernt. Neue Erkenntnisse oder konstruktive Richtungsentscheidungen, die den Impfprozess vorantreiben könnten, wurden nicht verkündet.“ In etwa so antwortete auch die Bundeskanzlerin einen Tag später auf Fragen der ARD in einer Sondersendung.

Der Bundespräsident will für 18. April 2021 eine nationale Gedenkfeier für die Corona-Toten seit Beginn der Pandemie organisieren. Teilnehmen können sicher nur Angehörige, die einen positiven Test ihrer Verstorbenen vorweisen können. Wer an Herzinfarkt, Krebs oder einfach so gestorben ist, der wird wohl vergessen. Hoffentlich werden bei bisher 61 517 Toten die Abstandsregeln während der Feier eingehalten!!

Am 10. Februar tagte erneut die MPK zusammen mit der Bundeskanzlerin. Die Infektionsrate in Deutschland war kräftig gesunken, war aber noch nicht beim Zielwert 50. Der Lockdown wurde

deshalb bis 07.03.2021 verlängert, der eigentlich versprochene Stufenplan über Wege zur Öffnung wurde nicht beraten, obwohl mehrere Länder Entwürfe vorgelegt hatten. Stattdessen wurde auf die nächste Beratung am 03.03. vertröstet. Nachdem monatelang der Inzidenzwert von 50 Neuinfektionen/100 000 Einwohner in 7 Tagen beschworen wurde, weil dann die Gesundheitsämter angeblich in der Lage seien, die Kontakte Infizierter nachzuverfolgen, wurde jetzt in Aussicht gestellt, dass man erst bei einem Inzidenzwert von 35 über Lockerungen bei Geschäften, Museen und Galerien nachdenken könnte. Begründet wird das mit der Gefahr der Mutationen. Friseure sollen aus Hygienegründen jedoch unabhängig davon bereits ab 01.03. öffnen können. Über die Öffnung der Schulen sollen die Länder allein entscheiden, eine einheitliche Regelung gibt es dafür nicht. Für die Kultur, Restaurants und Hotels gibt es noch keine Aussage.

Drei Tage später verkündet der Ministerpräsident von Sachsen, dass es zu Ostern keine Urlaubsreisen geben werde. Wer gibt ihm das Recht dazu? Er erntet sofort Widerspruch von allen Seiten, obwohl seine Prognose wahrscheinlich richtig sein wird. Vorsichtshalber haben Hotels Buchungen angenommen bzw. sogar für Aufenthalte geworben, um später den Einnahmeausfall bei den Coronahilfen geltend machen zu können.

Deutscher Nationalismus in Reinkultur: Selbst die Kanzlerin redet vom „britischen Virus“. Nur dank der fortschrittlichen Sequenzierungstechnik der britischen Labore wurde die Mutation des Virus überhaupt entdeckt. Deutschland hat danach gar nicht gesucht. Weil neue Mutationen in Tirol und Tschechien sich verbreiten, verschärft Deutschland seine Einreisebestimmungen aus diesen Regionen, was zum Protest der EU und der Nachbarländer Deutschlands führt. Der deutsche Innenminister ist nicht in der Lage, sich mit den Nachbarländern abzustimmen und braucht zusätzlich vier Tage, um Ausnahmen von der Einreisesperre zu definieren. Selbst mit der EU, die Grenzsperrern verhindern will, legt er sich an. Der deutsche Botschafter wird ins österreichische Außenministerium einbestellt. Unglaublich!

**Meine Frage an das RKI:** *„Sie melden gestern eine Inzidenz von 57 und heute eine von 59. Die Summe der Neuinfektionen in den letzten 7 Tagen ist aber heute geringer als gestern. Warum ist dann der Inzidenzwert heute höher als gestern?“*

**Antwort des RKI:** *„Die Berechnung der 7-Tage-Inzidenz erfolgt auf Basis des Meldedatums, also dem Datum, an dem das lokale Gesundheitsamt Kenntnis über den Fall erlangt und ihn elektronisch erfasst hat. Für die heutige 7-Tage-Inzidenz werden die Fälle mit Meldedatum der letzten 7 Tage gezählt. Die Differenz zum Vortag, so wie sie im Lagebericht und Dashboard ausgewiesen wird, bezieht sich dagegen auf das Datum, wann der Fall erstmals in der Berichterstattung des RKI veröffentlicht wird. Es kann sein, dass z.B. durch Übermittlungsverzug dort auch Fälle enthalten sind, die ein Meldedatum vor mehr als 7 Tagen aufweisen. Gleichzeitig werden in der Differenz auch Fälle berücksichtigt, die aufgrund von Datenqualitätsprüfungen im Nachhinein gelöscht wurden, sodass von dieser Differenz nicht ohne weiteres auf die 7-Tage-Inzidenz geschlossen werden kann.“ *Alles sehr transparent und hilfreich, wenn die Inzidenzzahl mal entscheidend ist, ob etwas geöffnet werden kann oder nicht.**

Nach Deutschland wurden bis 17.02.2021 740 000 Dosen des Impfstoffs von Astrazeneca (Britisch-schwedischer Konzern) nach Deutschland geliefert, 90 000 davon wurden bisher verimpft. Es gibt große Akzeptanzprobleme, einerseits, weil der Impfstoff nur für die Altersgruppen 18-64 zugelassen ist (es fehlten Daten für die Wirksamkeit über 65), andererseits, weil nach Pressemeldungen mehr Nebenwirkungen auftraten und die Wirksamkeit angeblich auch unter der anderer Impfstoffe liegt. In einer Klinik fiel nach der Impfung am nächsten Tag die Hälfte des Personals wegen Fieber und Kopfschmerzen aus. Viel Pflegepersonal will sich mit diesem Stoff deshalb nicht impfen lassen. In Berlin wurde die noch im Januar großspurig verkündete Wahlfreiheit für den Impfstoff aufgehoben:

Entweder annehmen oder nicht impfen! Für andere Prioritätsgruppen wurde der Impfstoff aber auch noch nicht freigegeben. Das Ganze ein Luxusproblem?

Stagnieren die Fallzahlen auf einem Niveau von über 50 Inzidenz Mitte Februar, weil wieder mehr getestet wird oder wirkt die Mutante?

Gepriesen werden jetzt von Politikern und den Medien privat nutzbare Schnelltests, aber unklar ist bisher, was mit dem Ergebnis anzufangen ist. Die Gesundheitsämter und Labore warnen vor diffusen Ergebnissen. Statistisch zählen ohnehin nur PCR-Tests.

**Profifußball genießt Privilegien:** Bayern München reist nach Katar zur Klubweltmeisterschaft und gewinnt dort diese. Thomas Müller wird positiv getestet, er wird isoliert. Seine Kollegen (Kontakte) gehen nicht in Quarantäne, sondern fliegen nach Hause. Müller kommt im Schutzanzug im privaten Flieger nach Hause. Ein weiterer Spieler, der das siegbringende Tor geschossen hatte, wird positiv getestet. Wieder keine Quarantäne, Bayern München wird nur zum „Beobachtungsfall“ des Gesundheitsamtes. „Uneigennützig“ bieten sich die Spieler an, sich mit Astrazeneca impfen zu lassen. Weil es in Deutschland eine Einreisesperre für Menschen aus Mutationsgebieten gilt, darf der FC Liverpool nicht zum Champions-League-Spiel nach Leipzig kommen. Der RB Leipzig trägt sein „Heimspiel“ deshalb im Hochrisikogebiet Budapest aus und verliert 0:2.

Die Bundesregierung versprach im Sommer 2020 25 Mrd. Überbrückungshilfen für in der Pandemie in Not geratene Betriebe („Bazooka“). Bis Anfang Februar 2021 waren davon nur 3,1 Mrd. ausgereicht. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Firmen diese Anträge nicht selbst stellen dürfen, sondern einen „prüfenden Dritten“ (Steuerberater, Anwalt z.B.) damit beauftragen müssen, um Missbrauch zu verhindern. Diese haben in nicht wenigen Fällen dreistellige Stundensätze bei Honoraren verlangt, dies teilweise auch mit der ausufernden Bürokratie begründet, denn die Antragsformulare und Bestimmungen wurden laufend durch die Verwaltung geändert. In einigen Fällen seien deshalb die Kosten höher als die Hilfen gewesen, weshalb keine Anträge gestellt wurden. Auch bestand die Gefahr, dass bei Nichtgewähr der Hilfen die Kosten trotzdem angefallen wären. Corona-Hilfen vor allem für Anwaltskanzleien und Steuerberater?

Der Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach (SPD), der als scharfer Warner vor neuen Infektionswellen gilt, will im Impfzentrum Leverkusen als Impfarzt arbeiten und sich dabei selbst impfen lassen. Es kommt zu Drohungen gegen ihn und das Impfzentrum. Auf Rat der Polizei nimmt er deshalb von diesem Vorhaben Abstand.

Am 03.03.2021 benötigten die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten neun Stunden, um sich angesichts wieder steigender Infektionen auf die Verlängerung des Lockdowns bis Ende März zu einigen. Gleichzeitig wurde ein ziemlich unverständlicher Stufenplan für mögliche Lockerungen sowie eine „Notbremse“ beschlossen, falls die Infektionszahlen stark steigen: Wenn drei Tage hintereinander eine Inzidenz von über 100 sollen zwei Tage später alle Lockdown-Regeln wie bis 07.03.2021 gelten. Außerdem soll mehr geimpft und getestet werden.

Die Bundesregierung bildet eine Taskforce für die Testung, der die Minister Spahn und Scheuer vorstehen. Spahn streitet sich mit den Ländern, wer für die Beschaffung von Schnelltest zuständig ist. Jeder Bürger soll sich einmal in der Woche kostenlos testen lassen können. Was man mit diesem Nachweis anfangen soll, ist unklar. Bei Aldi gibt es die ersten Selbsttests, die nach einer Stunde ausverkauft sind. Auch hier weiß niemand, was er damit anstellen soll – außer: Bei Verdacht einer Infektion zusätzlich ein PCR-Test.

Zwei Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion haben an der Maskenbeschaffung im Vorjahr sechsstellige Beträge verdient. Sie verlassen die Fraktion und Partei, einer will aber sein Bundestagsmandat bis zum Ende der Wahlperiode behalten. Ob weitere Funktionäre in diese Korruption verwickelt sind, ist noch unklar. Die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion gaben Ehrenerklärungen ab, dass sie sich nicht in der Corona-Krise „bedient“ haben.

Mehrere Länder stoppen das Impfen mit Astrazeneca-Vakzin, weil es nach einigen Impfungen Thrombosen und Todesfälle gab, jedoch keinen Nachweis eines ursächlichen Zusammenhangs mit der Impfung gab. Die Behörden empfehlen weiter den Impfstoff, der Image-Schaden ist erheblich.

Astrazeneca hatte angekündigt, statt der zuletzt anvisierten 220 Millionen Dosen nur noch 100 Millionen bis zur Jahresmitte an die EU-Staaten zu liefern. Der Konzern begründete dies unter anderem mit Exportbeschränkungen anderer Länder. Mehrere Bundesländer zogen Konsequenzen aus den Kürzungen der Impfstofflieferungen durch den britisch-schwedischen Pharmakonzern Astrazeneca angekündigt. Thüringen stoppte deshalb die Terminvergabe für Impfungen und verschob den geplanten Start von Impfungen bei Hausärzten. Sachsen-Anhalt stellt die Impfungen von Polizisten vorerst zurück. In Berlin sollen neue Impftermine gestreckt werden, wie ein Sprecher der Gesundheitsverwaltung sagte.

Der RKI-Präsident Lothar Wieler warnte am 12.03.2021 auf einer Pressekonferenz vor einer „dritten Welle“. Als Lösung für das Flachhalten der Welle sah er nur das Einhalten der AHA-L-Regeln und das Impfen. Seine Behörde veröffentlichte am Nachmittag eine Prognose, wonach die Infektionszahlen zu Ostern wesentlich höher als zu Weihnachten sein werden. Die Mutante sei im exponentiellen Anstieg. Einen Vorschlag, wie dem zu begegnen sei, hat aber niemand. Stattdessen wird über Lockerungen noch vor Ostern in der Öffentlichkeit diskutiert, wobei der Lockdown ohnehin noch bis 28.03. gilt. Die Impfreiheitenfolge wird ständig hinterfragt und zu Lasten der Alten und Vorerkrankten, die eigentlich prioritär geimpft werden sollen, hintergangen, das Impfen geht nur langsam voran. Bis Mitte März waren 7,4 % der Bevölkerung geimpft. Künftig sollen Hausärzte mit impfen, wobei ihre Belieferung mit Impfstoff nicht sicher zugesagt werden kann.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble schlug sogar vor, entgegen der Impfreiheitenfolge auch die Olympiakämpfer jetzt schon zu impfen.

Versteckte **Oster-Prognose** in einer Erläuterung zu einer Grafik im RKI-Tagesbericht vom 12.03.2021: Analyse der 7-Tages Inzidenz als Summe der 7-Tages Inzidenz der Variante B.1.1.7 und aller übrigen Varianten (Datenstand 12.03.2021, n= 14.912). Es zeigt sich ein exponentiell ansteigender Trend der 7-Tages Inzidenz der Variante B.1.1.7 seit Kalenderwoche 2. Diese steigt in jeder Woche um etwa 46% an und hat sich also etwa alle 12 Tage verdoppelt. Demgegenüber zeigt der Verlauf der 7-Tage-Inzidenz aller übrigen Varianten einen Rückgang um etwa 19% pro Woche. Diese beiden Trends überlagern sich zurzeit, was insgesamt zu der nur langsam ansteigenden 7-Tage-Inzidenz der letzten 4 Wochen (Kalenderwoche 06 bis 09) führte. Die Extrapolation der Trends zeigt, dass mit Fallzahlen über dem Niveau von Weihnachten ab KW 14 zu rechnen ist. Auf der Pressekonferenz am gleichen Tag verschwieg Lothar Wieler diese Prognose. (In den aktuelleren Berichten des RKI ist diese Grafik entfernt)

**Impfstopp für Astrazeneca:** Weil bei 7 Menschen von 1,5 Millionen mit diesem Vakzin Geimpften in Deutschland Thrombosen im Gehirn auftraten (drei Tote) wollen die Europäische Zulassungsbehörde EMA und das Paul-Ehrlich-Institut in Deutschland prüfen, ob die Zuverlässigkeit des Impfstoffes noch gewährleistet ist. Daraufhin verhängte der Bundesminister für Gesundheit einen vorläufigen Impfstopp, was den Impfplan für die gesamte Bevölkerung erheblich durcheinanderbringt. Ärzte, Virologen und Politiker halten diese Entscheidung für falsch. Sie plädieren für sachliche Prüfung und

trotzdem weitere Impfungen, weil der Nutzen das Risiko weit überträfe. (Drei Tage später erklärt die EMA, dass der Impfstoff ein guter sei, die Risiken im Beipackzettel aber ausgewiesen werden müssen). Der Impfstopp wird aufgehoben.

**Osterlockdown:** Am 22.03.2021 bereiten erneut die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer. Die Sitzung wurde sechs Stunden unterbrochen, weil der Kanzlerin die diskutierten Maßnahmen nicht ausreichend erschienen, um das exponentielle Wachstum der Infektionszahlen zu brechen. Nachts um 3:30 Uhr war man sich schließlich einig, die gültigen Lockdown-Regeln bis 18. April zu verlängern. Über Ostern soll es eine „erweiterte Ruhezeit“ geben: Gründonnerstag und Ostersonntag sollen „Ruhetage“ sein. Reisen über Ostern sollen möglichst nicht stattfinden, es gilt die Devise: „Bleiben wir zu Hause“. Die Kritiker der Corona-Politik sind sich einig: Mehr als symbolische Maßnahmen wurden nicht beschlossen: Von 5 Ruhetagen sind drei ohnehin Feiertage. Es wird einen Ansturm auf die Supermärkte am Samstag geben, Partys werden im Freien stattfinden, Familien werden sich nicht an die Vorgaben halten, die Katholische Kirche wird ihre Gottesdienste durchführen. Die Zahlen werden weiter steigen.

**Aprilscherz?** Am Mittwoch danach wird überraschend nach einer kurzen Schaltkonferenz zwischen Angela Merkel und den Ministerpräsidenten der Osterlockdown (Ruhetage) wieder aufgehoben. Merkel hat die Verantwortung für die umstrittenen Beschlüsse übernommen. „Dieser Fehler ist einzig und allein mein Fehler“, betonte sie. „Denn am Ende trage ich für alles die letzte Verantwortung. Qua Amt ist das so.“ Ein Fehler müsse als solcher benannt und vor allem korrigiert werden – „und wenn möglich hat das noch rechtzeitig zu geschehen, sagte Merkel weiter. Das bedauere ich zutiefst und dafür bitte ich alle Bürgerinnen und Bürger um Verzeihung.“ Die Idee, die dritte Pandemiewelle mit zusätzlichen Maßnahmen wie Ruhetagen über Ostern stoppen zu wollen, sei nicht falsch, sondern von „besten Absichten“ geprägt gewesen, habe sich in der Kürze der Zeit aber nicht umsetzen lassen. Es habe zu viele offene Fragen wie Lohnfortzahlung und die Lage für Betriebe und Geschäfte gegeben, sagte Merkel. Die Ministerpräsidenten beeilen sich zu versichern, dass es ihr gemeinsamer Fehler gewesen sei. Bleibt nun die Infektionswelle ungebrochen?

Die von den Ministerpräsidenten beschlossene Notbremse, falls die Inzidenz über 100 steigt, alle Schließungen wie vor dem 7. März wieder vorzunehmen, wird in Berlin am 27.03. nur als Testpflicht für Einkäufe und körpernahe Dienstleistungen interpretiert. FFP2-Masken sind jetzt in Innenräumen Pflicht, über Ostern gibt es nächtliche Ausgangsbeschränkungen.

**Makaber:** Von meiner Krankenkasse (DAK) bekam ich vorige Woche Post. Ich bin 74 Jahre alt, gehöre damit zur Priorisierungsgruppe 2 der Impfungen (wurde geimpft), hatte vor vier Wochen eine Hüft-OP und bin momentan in der Reha. Inhalt des Briefes der Krankenkasse: Angebot für eine Sterbegeldversicherung!! Danke!

Wegen aufgetretener Gehirnthrombosen nach Impfung mit Astrazeneca wird am 31.03. das Impfen für unter 60jährige mit diesem Stoff in Deutschland eingestellt. Mit sofortiger Wirkung können damit aber über 60jährige geimpft werden. In Berlin brach daraufhin die Terminhotline zusammen. 40 000 Lehrerinnen und Lehrer, die bereits in die Gruppe 2 der Impfpriorisierung aufgenommen worden waren (sollten mit Astrazeneca geimpft werden), dürfen nicht mehr vorgezogen werden. Ihnen wird untersagt, stattdessen sich mit einem anderen Impfstoff immunisieren zu lassen. Die Lehrer fühlen sich verschaukelt.

Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier lässt sich mit Astrazeneca impfen, der Innenminister Horst Seehofer lehnt diese Impfung ab. Er ließe sich nicht den Impfstoff vorschreiben.

Zu Ostern 2021 fordert Armin Laschet (CDU-Vorsitzender und Ministerpräsident von NRW) das Vorziehen der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz (geplant für 12.04.2021), um für 2-3 Wochen einen „Brücken-Lockdown“ zu beschließen, um die Infektionszahlen drastisch zu senken. Konkrete weitere Infektionsschutz-Maßnahmen nennt er nicht. Zuvor war er und andere von der Kanzlerin kritisiert worden, weil sie die „Notbremse“ nicht zögen. Söder (Bayern) und Kretzschmann (Baden-Württemberg) hatten zudem einen Brief an ihre Kollegen geschrieben und das Einhalten der Notbremse gefordert. Zur gleichen Zeit erklärt sich das Saarland zum Modellprojekt und öffnet Läden und Außengastronomie.

In der Abendschau des RBB erklärt am Ostermontag ein Berliner Aerosol-Forscher, dass die Ansteckungsgefahr im Freien gleich Null sei.

Der Bundestag beschließt am 21.04.2021 ein geändertes Bevölkerungsschutzgesetz mit einer "Bundesnotbremse" bei einem Inzidenzwert von 100 Neuinfizierte/100 000 Einwohner. Dann werden Läden außerhalb des täglichen Bedarfs geschlossen. Es gilt eine Ausgangssperre zwischen 22 Uhr und 5 Uhr. Schulen schließen bei einem Inzidenzwert von 165. Es gab heftige Proteste der Opposition und von Demonstranten vor dem Bundestag. AfD, Linke und FDP stimmten dagegen, die Grünen enthielten sich der Stimme. Hauptstreitpunkt: Ist das Gesetz mit der Verfassung vereinbar?

53 Schauspieler veröffentlichen Videos mit ironisch-sarkastischen Kommentaren zur Corona-Politik (#allesdichtmachen): „Verzweifeln Sie ruhig, aber zweifeln Sie nicht!“. Sie ernten einen Proteststurm in den Medien, sie seien wenig solidarisch, seien Verbündete der „Querdenker“ und Rechten, würden die Intensivmedizin beleidigen, es sei keine akzeptable Kritik. Darauf antwortet Jan Josef Liefers, er fühle sich an Sprechverbote in der DDR erinnert. Einige Schauspieler ziehen ihre Statements zurück.

Auf Helgoland gibt es unter 1500 Einwohnern 0 Infektionen. Weil Helgoland aber zum Kreis Pinneberg gehört, gilt jetzt auch auf der Insel die nächtliche Ausgangssperre.

Überall entstehen Schnelltestzentren für kostenlose Bürgertests, zum Beispiel in Köpenick im Müggelturm-Restaurant oder vor der Alten Försterei bei Union Berlin.

Mit dem Fortschreiten des Impfens (am 28.04. haben fast 25% eine Erstimpfung erhalten) bricht eine Diskussion über Grundrechte Geimpfter aus. Die Hausärzte betteln um Impfstoff und fordern die Aufhebung der Priorisierung. Ein „Impfgipfel“ der Bundesregierung und der Ministerpräsidenten am 26.04.2021 trifft keinerlei Entscheidungen, verspricht aber für Ende Mai eine entsprechende Verordnung. Einige Bundesländer ziehen deshalb Entscheidungen zugunsten Geimpfter vor: In Bayern, Hessen, Berlin u.a. Bundesländern werden doppelt Geimpfte mit negativ getesteten Menschen gleichgestellt und dürfen zum Beispiel Läden wieder ohne Test betreten oder zum Frisör gehen. Diese vernünftigen Entscheidungen werden bereits wieder als „Vorpreschen“ diffamiert.

Die EU will ab Juni einen digitalen Impfpass einführen, befürchtet aber, dass in Deutschland dieser nur schwer durchsetzbar ist, weil es dafür keine digitale Infrastruktur gebe.

Ende April 2021 wird in den Medien erstmals darüber berichtet, dass es besonders hohe Infektionszahlen in sozialen Brennpunkten in Städten gibt, dort wo beengte Wohnverhältnisse dominieren, prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorherrschen und besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund leben. Mit mobilen Impfteams solle jetzt die Immunisierung vorangetrieben werden und Corona-Informationen mehrsprachig verteilt werden.

Nachdem einige Bundesländer die Priorisierung beim Impfen bereits aufgehoben haben, verkündet der Bundesgesundheitsminister, dass zum 07.06. dies bundesweit gelte. Die Hausärzte, die dies vorher lauthals gefordert hatten, schimpfen jetzt darüber, dass sie den Ansturm der Impfterminbewerber nicht bewältigen können.

Anfang Mai verkündet der Bundesgesundheitsminister nach einer Konferenz mit den Gesundheitsministern der Länder lauthals, dass demnächst auch die Schüler von 12-16 Jahre geimpft werden können, wenn es eine europäische Zulassung für den Impfstoff gibt. 6,4 Mio Dosen sollen für eine strukturierte Verabreichung zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. In der Öffentlichkeit entbrennt ein Streit darüber, ob diese gesonderte Kampagne nicht zu Lasten der noch nicht Geimpften Älteren gehe. Die Ständige Impfkommission will auch keine Empfehlung für das Impfen von Kindern geben, weil ihr zu wenig Daten über die Risiken vorliegen.

Am 27. Mai berieten die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten auf einem „Impfgipfel“ darüber und erklären, dass es keine zusätzlichen Impfkontingente für Kinder geben wird, sie lediglich – falls eine Impfstoff-Zulassung erfolgt (am 28. Von der EMA erteilt) – sich ab 07.06. ebenfalls um einen Impftermin bewerben können. Außerdem sollen die Ärzte und Eltern entscheiden, ob sie eine Impfung für richtig halten. Die Schulpflicht werde davon nicht berührt, eine Impfpflicht für die Schule gebe es nicht. Die Bundeskanzlerin erklärt, dass sie weiterhin daran festhält, dass trotz des Impfstoffmangels jedem Bürger bis Ende August ein Impfangebot gemacht werden wird. Wann dann die Impfung erfolgen kann, blieb offen.

Medien decken neue Betrugsfälle auf: Private Betreiber von Teststellen sollen gegenüber der kassenärztlichen Vereinigung mehr Bürgertests abgerechnet haben als tatsächlich durchgeführt. Für jeden Test zahlt der Staat 18 Euro. Kontrollen erfolgten offensichtlich nicht.

Trotz gesunkener Inzidenzen will der Berliner Senat am Wechselunterricht bis zum Beginn der Sommerferien festhalten. Zwei Schüler klagen vor dem Berliner Verwaltungsgericht ihr Recht auf Präsenzunterricht ein. Die Richter geben ihnen recht, der Senat habe seine Kompetenzen überschritten, die Maßnahmen der Bundesnotbremse seien angesichts der Inzidenzwerte nicht mehr angemessen. Daraufhin beschließt der Senat nun doch ab 9. Juni wieder Präsenzunterricht.

Das RKI stuft am 01.06.2021 die Gefährdungslage in Deutschland von „sehr hoch“ auf „hoch“. Politiker sehen die Ursachen im Erfolg ihrer Lockdown-Maßnahmen einschließlich der Bundesnotbremse. Wissenschaftler des Leibnitz-Instituts sehen dafür ganz andere Ursachen: Höhere UV-Strahlung, höhere Luftfeuchtigkeit gegen Aerosole, mehr Aufenthalt im Freien, aktivere Immunantwort der Körper, die gestiegene Impfquote.

Seit Mitte Mai sinkt in Deutschland die Inzidenz kontinuierlich. Anfang Juli liegt sie bei 5 Infizierte je 100 000 Einwohner. Über 50 % der impffähigen Bevölkerung ist mittlerweile mindestens einmal geimpft, fast 40 % bereits zweimal. Nach Berechnungen des RKI könnte die Herdenimmunität Mitte September erreicht werden. Das RKI fordert eine Impfquote von 85 %, die Kanzlerin spricht von 80 %. Der Weltärztepräsident hält dieses Ziel für nicht erreichbar.

Das Impfchaos nimmt derweil wieder zu: Die StiKo empfiehlt eine Kreuzimpfung zwischen Astrazeneca und Biontec sowie eine Verkürzung des Abstandes zwischen 1. und 2. Impfung. Viele Hausärzte fühlen sich verkohlt und stehen vor einem Terminchaos. Nach wie vor gibt es nur schwer Impftermine. Gleichzeitig nehmen viele ihren zweiten gebuchten Impftermin nicht wahr. Es wird über Strafen für „Impfchwänzer“ diskutiert.

Politiker fordern dringend Impfung auch der 12 - 18-jährigen Kinder und Jugendlichen. Die Stiko empfiehlt dies dennoch nicht, weil zu wenig Daten für Risiken vorliegen. Außerdem drohe im Falle einer Infektion kein schwerer Verlauf. Das führt zu einer erneuten Diskussion, ob Schulen im Herbst wieder normal öffnen können, ein Dauerthema in den Medien. Die Impfstoffe sind für Kinder ab 12 Jahre zugelassen, auf Entscheid der Eltern kann jederzeit geimpft werden.

Während der Fußball-EM werden die Stadien immer voller. Zum Halbfinale und Finale sind im Wembley-Stadion in London 60 000 Besucher zugelassen (getestete!). In München waren es nur 14 000. In Budapest gab es keine Beschränkungen. 2500 Besucher sollen sich in St. Petersburg, London und anderswo infiziert haben. In den Medien wird dies alles als ein verantwortungsloses Experiment bezeichnet, was dem Kommerz der UEFA geschuldet sei.

Boris Johnson, Premierminister Großbritanniens, verkündet einen „Tag der Freiheit“. Am 19. Juli 2021 sollen alle Coronabeschränkungen fallen, der Impffortschritt erlaube eine solche Maßnahme trotz einer Inzidenz von 200 auf 100 000 Einwohner. Sein Gesundheitsminister begründet es mit der These, man müsse „mit dem Virus leben“. Dank der Impfungen gebe es kaum schwere Fälle. In den deutschen Medien wird dies als verantwortungslos gekennzeichnet, man lasse das Virus einfach laufen.

In Deutschland liegt die Inzidenz Anfang Juli bei 5. In allen Bundesländern werden mit diesem Hintergrund weitere Lockerungen beschlossen. In Berlin (Inzidenz: 6) gibt es keine Auflagen mehr für private Treffen, die FFP2-Maske muss nur noch im öffentlichen Verkehr und bei körpernahen Dienstleistungen getragen werden. Im Fußball sind wieder bis zu 25 000 Zuschauer (mit Hygienekonzept) erlaubt. Kinos und Theater öffnen, kulturelle Veranstaltungen sind wieder erlaubt, ebenso Tanzen im Freien. Klubs verlegen ihre Aktivitäten ins Freie.

Noch Ende Juni 2021 wurden Großbritannien, Portugal, Nordirland, Indien und Russland vom RKI als Mutationsgebiete eingestuft (wegen der Delta-Variante), was für nach Deutschland Einreisende eine nicht verkürzbare 14-tägige Quarantäne bedeutete. Obwohl die Inzidenzen in diesen Ländern weiter steigen, werden sie bereits am 7. Juli nur auf Hochinzidenzgebiete zurückgestuft, was Quarantänezeiten vermindert und Einreisen in Deutschland wieder erleichtert. Offensichtlicher Hintergrund: Es gibt keine politische Einigung innerhalb der EU, die Kanzlerin Merkel hatte mit dem britischen Premierminister auch Erleichterungen zugesagt, auch wird die Delta-Mutante auch in Deutschland mittlerweile dominant, offensichtlich gibt es auch dafür keine Rechtsgrundlage mehr.

Der deutsche Außenminister Heiko Maas (SPD) fordert im Juli 2021, im August alle Corona-Maßnahmen aufzuheben. Es ist Wahlkampf!

Gleichzeitig wird in Medien und von Politikern die angeblich große Gefahr, die von der Delta-Variante ausgeht, beschworen. Die Tatsache, dass dank der Impfungen die tödliche Gefahr, die vom Virus ausgeht, stark vermindert ist, wie sich an den Krankenhauseinweisungen zeigt, wird eher am Rande erwähnt. Die „Peitsche der Angst“ wird weiter geschwungen.

Es gibt keine sachliche Debatte in der Politik und in den Medien darüber, wie künftig mit Corona umgegangen werden sollte.

Seit Ende Mai sanken die Inzidenzen in Deutschland. Der tiefste Wert lag zwischen 29.06. und 08.07.2021 bei unter 5. Danach stiegen die Werte wieder. Am 29.07.2021 lag die Inzidenz deutschlandweit bei 16. Über die Hälfte der Bevölkerung ist zweifach geimpft. Infektionen treten vor allem unter jüngeren Menschen auf. Auf den Intensivstationen liegen nur wenige Menschen. Aufgeregt wird trotzdem vor einer 4. Welle gewarnt, für Ende September wird von Statistikern eine

Inzidenz von 800 prognostiziert. Streit gibt es darum, ob dieser Wert überhaupt noch entscheidend sein soll. Der Gesundheitsminister widerspricht dem RKI-Chef, der für ihn plädierte.

Angeblich gebe es in Deutschland jetzt eine Impfmüdigkeit. Viele jüngere Menschen wollen sich offensichtlich nicht impfen lassen. Die Impfzentren werden kaum noch gebraucht, der Ansturm auf die Arztpraxen hat sich gelegt. Politiker fordern, auch Kinder ab 12 Jahre impfen zu lassen, obwohl die Ständige Impfkommission dies nach fachlicher Risikoabwägung bislang nicht empfohlen hat. Politisch wird eine „verdeckte“ Impfpflicht diskutiert, der Chef des Kanzleramtes hatte vorgeschlagen, Ungeimpften nicht mehr alle Rechte zu gewähren. Die bisher unentgeltlichen Tests sollten evtl. künftig bezahlt werden müssen.

Mitten in den Sommerferien fällt den Regierenden eine Testpflicht für Reiserückkehrer ein. Der Ministerpräsident Bayerns nötigt öffentlich die Bundesregierung, eine solche einzuführen. Gleichzeitig wird festgestellt, dass die Einhaltung einer solchen an Straßen und Bahnen ja kaum kontrolliert werden kann.

In Japan finden die Olympischen Sommerspiele nun doch unter Ausschluss von Zuschauern statt. Die Olympioniken sind im Olympischen Dorf isoliert.

Trotz einer hohen Inzidenz (über 500) verkündet der britische Premierminister Boris Johnson am 19. Juli 2021 einen „Day of freedom“. Fast alle Corona-Maßnahmen werden aufgehoben. Über eine Warn-App werden Kontaktpersonen von Infizierten zur Quarantäne verpflichtet („Pingdemie“). Es kommt deshalb zu einem großen Arbeitskräftemangel und zu Versorgungsengpässen. In der Woche danach fällt die Zahl der Infizierten, offensichtlich weil viel weniger getestet wird.

In Frankreich kommt es zu Protesten, nachdem der Präsident eine Impfpflicht für medizinisches Personal sowie einen Impfpass für alle ankündigte. Gleichzeitig lassen sich mehr Menschen impfen.

Der stellv. Ministerpräsident von Bayern Hubert Aiwanger (Freie Wähler) lehnt es ab, sich impfen zu lassen. Ihm wird unterstellt, damit unter den Querdenkern um Wählerstimmen zu buhlen. Der Ministerpräsident von Bayern Markus Söder „bedauert“ ihn öffentlich im Fernsehen.

In Berlin findet am 24.07.2021 der CSD mit 65 000 Teilnehmern in der Innenstadt statt. Abstandsregeln werden kaum eingehalten.

Unter den ansteckungsverdächtigen Tätigkeiten, deren Ausübung am 16. März 2020 durch Allgemeinverfügungen der Bundesländer gemäß Infektionsschutzgesetz untersagt wurde, erscheint die Prostitution als besonders suspekt. Die progressive Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit verfasste ein „Hygienerahmenkonzept für Sexarbeitende und ihre Kundinnen und Kunden“. Ganz hervorragende Sätze wurden formuliert, wie etwa der, dass jede Sexarbeiterin, auch auf dem Straßenstrich, ein „individuelles Schutz- und Hygienekonzept“ zu erstellen und bei sich zu führen habe. Die Inhalte dieses „individuellen Hygienekonzepts“ werden als „praktische Umsetzungshinweise“ mitgeliefert: Kunden sind nur nach Terminvereinbarung zu empfangen, beim Erbringen der Dienstleistung dürfen „nie mehr als zwei Personen gleichzeitig beteiligt“ sein, es muss eine „Anwesenheitsdokumentation“ stattfinden, beide Beteiligten müssen sich einen negativen Corona-Test vorlegen, Desinfektionsmittel ist bereitzuhalten und auch während der Dienstleistung sind FFP2-Masken zu tragen. Am Straßenstrich erfolgt „das Anbahnungsgespräch körperkontaktfrei“, das Hineinlehnen in Fahrzeuge solle die Prostituierte tunlichst unterlassen. In Bordellen wird die neue erotische Praktik des gemeinsamen Händewaschens eingeführt. Zusammen Duschen war gestern, heute reibt man sich zärtlich das Desinfektionsmittel in die wunde Haut. Besonders

pointiert aber formuliert das Rahmenkonzept den Kern der Sache: „Der Körperkontakt ist auf das Wesentliche zu beschränken“.

Eine Woche später werden von der Versammlungsbehörde (Polizei) 13 von Corona-Leugnern angemeldete Demos mit der Begründung verboten, es sei abzusehen, dass gegen die Infektionsschutzverordnung verstoßen werden wird. Die Protestierenden kommen dennoch nach Berlin, 600 werden von der Polizei festgenommen.

Obwohl die StiKo (Ständige Impfkommision) für 12- bis 17-Jährige bislang wegen fehlender Daten über Nebenwirkungen und Folgen bei Kindern eine Impfung nur für durch Vorerkrankung Gefährdete empfiehlt, beschließen die Gesundheitsminister der Bundesländer, diesen Jugendlichen ein Impfangebot zu machen. Damit liegt die Entscheidung bei den Eltern und den sie beratenden Ärzten. In Berlin erlaubt sich die Gesundheitssenatorin, an den Eltern vorbei Kindern einen Brief zu schreiben mit der Aufforderung, sich impfen zu lassen. Es wird der Eindruck vermittelt, als ob sie jetzt schuld seien, wenn die Zahl der Infizierten in einer 4. Welle wieder steigt. Die StiKo kommt der Politik entgegen und veröffentlicht am 16.08.2021 eine neue Stellungnahme und empfiehlt jetzt auf Grund einer neuen Datenlage die Impfung von Kindern ab 12 Jahre.

Die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin beschließen am 10.08.2021 mitten im Wahlkampf, dass ab einer Inzidenz von 35 wieder Testpflicht für Ungeimpfte in Innenräumen besteht. Gleichzeitig sollen die Tests ab 11. Oktober nicht mehr kostenlos sein. Damit wird der Druck auf Ungeimpfte erhöht, sich impfen zu lassen. Den Geimpften wird versprochen, dass sie keinen neuen Lockdown erleben, weil dies verfassungsrechtlich nicht erlaubt sei. Seit wann unterscheidet die Verfassung zwischen Geimpften und Ungeimpften? Ob die Inzidenz künftig noch der Maßstab für Einschränkungen sein wird, darüber konnten sich die Teilnehmer nicht einigen. In Baden-Württemberg gilt sie ab 16.08. nicht mehr als Richtwert. Dort wird mehr Wert auf die Hospitalisierungszahl gelegt.

Am 14.08.2021 war Einschulung in Berlin. Zur Feier dürfen nur die Eltern mit in die Schule kommen, Großeltern und Geschwister dürfen nicht anwesend sein. Es gilt Maskenpflicht, Impfnachweis oder aktueller negativer Test. Zur gleichen Zeit dürfen aber 11 000 Fußballfans von Union-Berlin im Stadion Alte Försterei auf den Tribünen ohne Maske ihre Mannschaft anfeuern.

Eine Befragung von Bürgern ergab offensichtlich eine höhere Impfquote als offiziell vom RKI ausgewiesen. Mediziner fordern jetzt eine repräsentative Befragung, um die wirkliche Impfquote zu ermitteln. In Deutschland ist man also offensichtlich nicht in der Lage, die Anzahl der Geimpften durch Impfzentren, Hausärzte, Betriebsärzte, mobile Impfteams exakt zu erfassen. Bürokratieweltmeister? Im Übrigen war in Impfzentren Geimpften versprochen, dass ihnen das digitale Impfbild zugeschickt wird. Ich habe bis Mitte August dieses Dokument nicht erhalten.

**23.08.2021:** Die Inzidenz in Deutschland liegt bei 56,4/100 000 Einwohner, in NRW liegt sie über 100. 90 Prozent der Krankenhauseinweisungen erfolgen für Ungeimpfte. Das Corona-Kabinetts der Bundesregierung ist sich aber offenbar einig, die Infektions-Inzidenzwerte abzuschaffen und diese im Infektionsschutzgesetz zu streichen. Man habe sich darauf verständigt, dass künftig neuer wesentlicher Indikator für die Belastung des Gesundheitssystems sein soll, wie hoch die Hospitalisierung sei, hieß es in Regierungskreisen. Die Zahlenwerte bei den Sieben-Tage-Inzidenzen wie 35, 50 oder 100, die bisher über Einschränkungen des öffentlichen Lebens bestimmten, sollen dagegen ganz wegfallen. Damit ändert die Regierung ihre Corona-Politik der letzten Monate grundlegend. Ist das das Ende der nationalen Notlage, das Ende der Pandemie, das Ende aller Grundrechtseinschränkungen?

Die Bundeskanzlerin wünscht sich, dass in Fernzügen und Bussen die 3-G-Regel gelten soll. Die Bahn erklärt, dass sie sich nicht in der Lage sieht, dies zu kontrollieren. In Hamburg wird Klubs und Gaststätten erlaubt, in ihren Räumen die 2-G-Regel anzuwenden, um eine volle Auslastung ohne Corona-Einschränkungen zu ermöglichen. In Berlin wird die Maskenpflicht in den Schulen bis Anfang Oktober verlängert. Alle Bürger über 80 sollen ein Angebot für eine dritte Impfung (Booster-Impfung) erhalten, obwohl die StiKo dies bislang nicht empfohlen hat. Die Berliner Amtsärzte wollen die Quarantäne-Pflicht für Banknachbarn infizierter Kinder abschaffen. Von der Gesundheitssenatorin werden sie abgewatscht. Es bleibt bei der Quarantäne, allerdings auf 5 Tage verkürzt. Der Gesundheitsminister erwägt, den Arbeitgebern zu gestatten, eine Impfabfrage bei ihren Mitarbeitern zu machen, um sie evtl. an einen anderen Arbeitsplatz zu versetzen, falls sie nicht geimpft sind. Heftige Debatte darüber. Nach geändertem Infektionsschutzgesetz soll dies nun nur für bestimmte Berufsgruppen und für die Zeit der pandemischen Notlage gelten.

Weil allen Bürgern ein Angebot zur Impfung gemacht wurde, sollen jetzt Ungeimpfte, die in Quarantäne müssen, keinen Lohnausfall mehr vom Staat bezahlt bekommen. Die Gewerkschaften protestieren.

Der Berliner Senat beschließt am 14.09.2021 nach zwei Wochen interner Diskussion, dass auch in Berlin die 2G-Regel in Gaststätten, Kulturstätten, Sporthallen, Schwimmbädern und Saunen, im Zoo und anderen Einrichtungen durch die Betreiber genutzt werden kann. Das bedeutet, dass nur noch Geimpfte oder Genesene dieses Angebot nutzen können. Auch Kinder werden davon nicht ausgenommen, sogar die Kinder bis 11 Jahre, die gar nicht geimpft werden können. Das hätte bedeutet, dass Familien nicht gemeinsam ins Restaurant, Theater (z.B. auch Grips-Theater), Schwimmbad, Sporthalle gehen können. Nach heftigen Protesten werden einen Tag später doch für Kinder Ausnahmen erlaubt. Eigenartig ist, dass die Spitzenkandidaten von SPD und Grünen im Wahlkampf gegen ihre eigenen Senatsmitglieder protestieren. Ein eigenartiger Wahlkampf!

Die Einführung der 2G-Regel bedeutet aber auch, dass der Staat Kultureinrichtungen und Hotels keine Hilfgelder mehr für die Nichtauslastung ihrer Kapazitäten zahlen wird, wenn sie jetzt mit voller Kapazität ihr Geschäft betreiben können.

Eine Woche nach dem Berliner Senatsbeschluss über die 2G-Regel wird zusätzlich verkündet, dass als Impfnachweis der gelbe WHO-Impfausweis nicht mehr ausreicht, sondern nur das digitale Impfbuch gilt, angeblich, weil zu Fälschungen befürchtet werden.

Nun wurde es amtlich. Die bereits im August ausgewertete RKI-Umfrage, wonach angeblich wesentlich mehr Bürger geimpft sind als in der Meldestatistik veröffentlicht, bestätigte zwei Wochen nach den Bundestagswahlen Gesundheitsminister Spahn. Danach seien 5 Prozent mehr geimpft, also ca. 84 Prozent der Erwachsenen, was der sogenannten Herdenimmunität nahekomme. Deshalb seien nach Meinung von Spahn keine zusätzlichen Maßnahmen gegen die Pandemie erforderlich. Die Frage bleibt, was die offizielle Meldestatistik eigentlich wert ist. Karl Lauterbach schwätzt jetzt davon, dass die Impfstoffe nicht so gut seien, dass eine Herdenimmunität überhaupt erreicht werden könne.

In immer mehr Schulen in Deutschland entfällt die Maskenpflicht im Unterricht, es wird aber weiter getestet. Ärzte und Virologen streiten, ob dies der richtige Zeitpunkt sei. Melanie Brinkmann hält das sogar für dumm.

Die bisher kostenlosen Bürgertests werden ab 11.10.2021 kostenpflichtig, da allen Bürgern ein Impfangebot gemacht worden sei. Nur für Schwangere, Kinder bis 12 und jene, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, bleiben sie unentgeltlich. Die

Pflegeeinrichtungen müssen nun wieder selber testen, weil die bisher lukrativen privaten Testzentren schließen, andernfalls dürfen Ungeimpfte wieder nicht die Angehörigen besuchen. Eine Impfpflicht wird weiterhin ausgeschlossen. Der Staat hat im Zuge der Corona-Testverordnung bis September 2021 5,26 Milliarden Euro aus dem Gesundheitsfonds für Tests bezahlt.

Seit einigen Wochen stagnieren die Fallzahlen in Deutschland, in einigen Kreisen sogar auf hohem Niveau. Die 7-Tage-Inzidenz pendelt in Deutschland zwischen 60 und 70. Der für Anfang Oktober prognostizierte Anstieg ist bislang ausgeblieben. Auch die Intensivbettenbelegung ist noch nicht in Gefahr, aus dem Ruder zu laufen.

Ärzte fordern von der Politik einen „Freedom day“ (Aufhebung aller Maßnahmen wie in Dänemark) und Schluss mit dem „Tunnelblick“ auf die Pandemie, weil es noch viele andere Krankheiten gebe, die gefährlich seien.

Unterdessen sehen Verordnungen in Hessen und Niedersachsen eine 2G-Regel auch für Supermärkte und andere Einzelhandelsgeschäfte vor, was bedeuten würde, dass Ungeimpfte nicht mehr einkaufen dürfen. Bisher wollen die großen Handelsketten von dieser Möglichkeit aber nicht Gebrauch machen.

Nachdem sich der Trainer des FC Bayern Julian Nagelsmann trotz zweifacher Impfung mit Corona infiziert hat, wird der Fußballnationalspieler Joshua Kimmich gefragt, ob er geimpft sei. Er verneint das mit der Begründung, dass er noch Bedenken habe, da es keine Langzeitstudien gebe. Er sei kein Impfgegner, aber überlege noch. Daraufhin berichten alle Medien über dies. Selbst auf der Bundespressekonferenz fordert Regierungssprecher Seibert ihn auf, sich impfen zu lassen, er sei doch ein Vorbild für andere. Seine Bedenken sollen mit dem Verweis darauf, dass es nur kurz nach der Impfung auftretende Nebenwirkungen gebe, als widerlegt gelten. Er meinte aber gar nicht Nebenwirkungen, sondern Langzeitfolgen, über die natürlich niemand etwas sagen kann, weil es den Impfstoff erst seit einem Jahr gibt. Der Vorsitzende der Ständigen Impfkommission (Stiko), Thomas Mertens, hält die öffentliche Diskussion um den Impfstatus von Fußball-Nationalspieler Joshua Kimmich für überzogen. „Es ist die persönliche Entscheidung von Kimmich, und die soll es auch bleiben! Die Debatte um Kimmich ist ein grenzenloser Unfug“, sagte Mertens der BILD. Man würde niemals über private medizinische Entscheidungen von Kimmich diskutieren, „wäre er als Fußball-Profi nicht derart exponiert“, erklärte der Stiko-Vorsitzende.

Bei der Konstituierung des Deutschen Bundestags am 26. Oktober 2021 gilt für den Plenarsaal die 3G-Regel. 23 Abgeordnete der AfD verweigern die Auskunft über ihren Impfstatus und lassen sich auch nicht testen. Sie dürfen deshalb nur auf der Tribüne Platz nehmen und müssen auch in einem gesonderten Raum abstimmen.

Die Fallzahlen in Deutschland erreichen neue Rekorde. Trotzdem soll die „epidemische Notlage nationaler Tragweite“ durch den Bundestag nicht verlängert werden. SPD, Grüne und FDP wollen stattdessen nur das Infektionsschutzgesetz verändern, damit die Länder ihre Aufgaben für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung voll wahrnehmen können. Dies wird in der Öffentlichkeit als ein Ende der Pandemie interpretiert. Jedes Bundesland beschließt wieder eigene Maßnahmen („Flickenteppich“). Eine neue Konferenz der Ministerpräsidenten wird von SPD-geführten Ländern und den Grünen abgelehnt, weil dieses Gremium nur koordinieren und nicht entscheiden soll.

Seit Oktober wird durch den geschäftsführenden Gesundheitsminister die Auffassung vertreten, dass sich alle nach 6 Monaten eine Auffrischimpfung abholen sollen (Booster). Die Ständige Impfkommission empfiehlt dies aber nur für Menschen über 70, medizinisches Personal und Jüngere

mit Vorerkrankungen. Als über 70-jähriger erhielt ich ohne Schwierigkeiten einen Impftermin beim Hausarzt, meine Frau (69) erhielt mit Verweis auf die Stiko-Empfehlung keinen. Eine offizielle Einladung zum Impfen gibt es bislang nicht (**Ich erhielt diese von der Berliner Gesundheitsministerin am 03.12.2021! Da war ich schon drei Wochen geboostert!**). Auf Pressekonferenzen stehen sich die Empfehlungen der Politik und der Ärzteschaft gegenüber. Offensichtlich geht es dabei wieder um die Bezahlung. Nach zwei Wochen soll nun der Streit mit dem Kompromiss beendet sein, dass jeder nach 6 Monaten sich eine neue Impfung abholen kann, womit die Priorisierung quasi nach der Reihenfolge der Erstimpfungen erfolgt. Auch gibt es Streit darum, ob die vor wenigen Monaten erst geschlossenen Impfzentren wieder geöffnet werden sollten. Diese Dispute verwirren die Menschen und stärken nicht das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Rainer Hasselhoff (CDU), erklärt in einer Talk-Show: „Die Politik ist am Ende.“

Am **11.11.2021** – Beginn der 5. Jahreszeit – meldet das RKI über 50 000 Neuinfizierte, den bisher höchsten Tageswert. Auch die 7-Tages-Inzidenz erreicht einen Rekordwert. In 10 Kreisen in Bayern und Sachsen liegt sie bereits über 1000. Am gleichen Tag berät der Bundestag über einen Gesetzentwurf von SPD, Grünen und FDP, der unter maßgeblichen Einfluss der FDP davon ausgeht, die pandemische Notlage nationaler Tragweite Ende des Monats auslaufen zu lassen. Zur gleichen Zeit warnen Wissenschaftler und Ärzte vor einer Katastrophe im Gesundheitswesen und einer Explosion der Infektionen und Zahl der Toten. Es zeigt sich, dass es in Deutschland keine zielführende Krisenbewältigung mehr gibt. Die alte Regierung will nicht mehr, die neue Regierung will noch nicht, in der Bundestagsdebatte schieben sich die Parteien gegenseitig die Schuld zu. Zu gleichen Zeit jubeln tausende Jecken in Köln und Düsseldorf zum Faschingsauftakt so, als gebe es keine Pandemie mehr.

In einigen Bundesländern gilt jetzt die sogenannte 2G-Regel (Zutritt nur für Geimpfte und Genesene), bundesweit gibt es dazu keine Regelung, nur Verwirrung: 2G, 3G, 2G+. Die erst Anfang Oktober geschlossenen Testzentren werden wieder geöffnet, jeder kann jetzt pro Woche einen kostenlosen Test bekommen. Die Impfung geht weiter nur schleppend voran. Impfpflichtigen werden abgelehnt. Während dessen häufen sich „Impfdurchbrüche“. Schutzmaßnahmen für vulnerable Gruppen in Altenheimen bleiben unklar, Schulen und Kitas leben weiter in Ängsten, was mit den ungeimpften Kindern wird. Die öffentliche Debatte in den Medien ist verwirrend und wenig zielführend. Niemand hat eine Lösung anzubieten.

**18.11.2021.** Ein neuer Höchstwert an Infektionen: 65371. Der Deutsche Bundestag beschließt nach heftigem Schlagabtausch zwischen den Parteien mit der Mehrheit der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP Änderungen am Infektionsschutzgesetz. Danach soll unter anderem die 3G-Regel am Arbeitsplatz und in öffentlichen Verkehrsmitteln bundesweit gelten. Für Pflegeheime und Kliniken sollen Testpflichten für Beschäftigte und Besucher verankert werden. Die Bundesländer erhalten Vollmachten für eigene Regelungen (z.B. 2G) , jedoch werden flächendeckende Lockdowns und Schulschließungen ausgeschlossen. Die epidemische Lage von nationaler Tragweite soll zum 25. November auslaufen. Dem Gesetz muss nun noch der Bundesrat zustimmen, der zu einer Sondersitzung zusammenkommt. Die Union droht aber mit Ablehnung.

Die Stiko empfiehlt jetzt Booster-Impfungen für Menschen ab 18 Jahre. Die Schlagen in den wenigen Impfzentren werden immer länger, Termine beim Hausarzt gibt es erst im Dezember oder Januar. Gleichzeitig rationiert der Gesundheitsminister Spahn den Biontec-Impfstoff, da Dosen von Moderna drohen zu verfallen. Großer Aufschrei in den Arztpraxen.

Die Ministerpräsidenten beraten mit Merkel und Scholz einheitliche Maßnahmen zur Bekämpfung der 4. Welle. Die Hospitalisierungsrate gilt jetzt als Maßstab für Maßnahmen. Auch wird eine einrichtungsbezogene Impfpflicht erwogen, der nun auch die FDP zustimmen will.

Der Bundesrat stimmt doch einstimmig für das geänderte Infektionsschutzgesetz.

Am gleichen Tag beschließen Bayern und Sachsen auf der Grundlage der alten Gesetzeslage verschärfte Lockdown-Maßnahmen, die bis Mitte Dezember gelten sollen und nach neuer Gesetzeslage nicht vollständig gesetzeskonform mehr sind.

Der geschäftsführende Bundesgesundheitsminister Jens Spahn empört mit einem Brief an die Ärzteschaft so sehr, dass er sich zwei Tage später dafür entschuldigen muss. Er hatte zum Start der neuen Impfkampagne den Ärzten mitgeteilt, dass er die Lieferungen mit Biontec-Impfstoff deckeln werde, weil nicht genügend vorhanden sei, stattdessen Moderna verimpft werden solle, wovon viele Dosen am Lager seien und deren Verfall drohe. Alle 16 Gesundheitsminister der Länder protestieren und verlangen die Rücknahme der Entscheidung.

**Im November 2021:** Die Zahl der Infizierten erreicht neue Rekordwerte, einige Kliniken in Bayern, Sachsen, Thüringen und Brandenburg sind überfüllt, Patienten werden mit der Bundeswehr in andere Kliniken im Norden Deutschlands geflogen. Zur gleichen Zeit gibt es Fußballspiele in vollen Stadien, überbordende Karnevalsveranstaltungen und gut besuchte Weihnachtsmärkte, was immer weniger Leute verstehen. In der medialen Öffentlichkeit tobt ein Streit zwischen Politikern und Virologen, zwischen der geschäftsführenden Regierung und der Ampelkoalition und ihrer noch nicht gewählten Regierung sowie zwischen Bund und Ländern (die sich bestimmte Maßnahmen nicht trauen, wenn sie nicht bundeseinheitlich gehandhabt werden) über die notwendige Verschärfung der Maßnahmen, das Wort Lockdown wird dabei vermieden. Sichtbarer Bremser ist dabei die FDP, die die Verfassungsmäßigkeit bestimmter Anti-Corona-Maßnahmen bezweifelt. Am 30.11. weist das Bundesverfassungsgericht nach halbjähriger Prüfung Klagen (auch von FDP-Abgeordneten) gegen die frühere Bundesnotbremse zurück. Am gleichen Tag schalten sich Merkel, Scholz und die Ministerpräsidenten erneut zusammen, um über weitere Maßnahmen zu beraten, ohne einen Beschluss zu fassen.

Urplötzlich gibt es eine neue Corona-Mutante: Erstmals wird in Südafrika **Omikron** entdeckt, plötzlich aber auch in anderen Ländern Europas, auch in Deutschland. Sie soll noch infektiöser sein, aber einen milden Verlauf haben. Die Impfstoffhersteller sprechen schon davon, einen neuen Impfstoff produzieren zu müssen.

Die Ministerpräsidentenkonferenz tagte am 02.12.2021 gemeinsam mit Angela Merkel (letztmalig) und Olaf Scholz (designierter Bundeskanzler). Sie beschließt "als Akt nationaler Solidarität" einheitliche länderübergreifende Maßnahmen zum Brechen der 4. Corona-Welle und Vorschläge an den Deutschen Bundestag zur erneuten Novellierung des Infektionsschutzgesetzes. So sollen bis Jahresende unter Leitung eines Krisenstabes 30 Mio Impfungen verabreicht werden. Massive Einschränkungen für Ungeimpfte: 2G im Handel (außer Grundbedarf), Kinos, Theater, Restaurants; Beschränkungen für private Kontakte. Des weiteren Schließen von Clubs, Diskotheken, Restaurants ab einer Inzidenz von 350, Höchstgrenzen bei Großveranstaltungen (Fußball z. B.), Böllerverbot zu Silvester, Maskenpflicht an den Schulen. Dem Bundestag wird vorgeschlagen, eine einrichtungsbezogene Impfpflicht ab Januar und eine allgemeine Impfpflicht ab Februar 2022 einzuführen. Am Tag der Beschlussfassung lag die Inzidenz deutschlandweit bei 439,2.

Großes Chaos beim Impfen: Lange Schlangen, stundenlanges Warten, teilweise werden die Leute wieder weggeschickt, weil kein Impfstoff mehr da. Bei den Ärzten gibt es teilweise erst Termine im

Januar oder Februar. Die Debatte um eine Impfpflicht für alle geht weiter. Und schon entbrennt eine Debatte über das Impfen der Kinder ab 5 Jahre. In Berlin soll es ein Impfangebot in den Schulen geben.

In Sachsen protestieren Corona-Leugner vor dem Haus der Gesundheitsministerin (SPD) gegen die aktuellen Corona-Maßnahmen. Anzeige wird nur wegen Verstoßes gegen die Infektionsschutzverordnung (Anzahl bei Versammlungen) gestellt. Auch vor der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern und vor dem Haus von Karl Lauterbach rotteten sich Impfgegner zusammen. Die Fernsehsendung FRONTAL im ZDF deckt ein Mordkomplott gegen Sachsens Ministerpräsidenten auf.

Mehrere Corona-Wörter schaffen es in die Top-Ten der Wörter des Jahres: **Wellenbrecher**, Pflexit, Impfpflicht, Lockdown-Kinder, Booster, freitesten, fünf nach zwölf

Am 08.12.2021 wird der bisherige mediale Corona-Mahner Karl Lauterbach (SPD) neuer Gesundheitsminister. Als erste Amtshandlung ordnet er eine Inventur der vorhandenen und vertraglich gebundenen Lieferungen von Impfstoffen an, offensichtlich weil sich die Beschwerden von Ärzten über ausbleibende Lieferungen häufen. Bis dato haben 72,3 Prozent der Bevölkerung mindestens eine Impfung, 20 Prozent sind geboostert (3 Impfungen).

Die StiKo empfiehlt am 09.12.2021 nicht generell die Impfung für Kinder von 5-11, jedoch für Vorerkrankte. Auch hat sie keinen Einwand gegen eine Impfung, wenn es Eltern ausdrücklich wünschen. In Berlin beginnt unabhängig von dieser Expertenempfehlung in der kommenden Woche eine Impfkation für diese Altersgruppe auch in Schulen. Kinderärzte sind dagegen.

In NRW soll schon nach zwei Monaten geboostert werden. Nach heftigen Protesten wird dies zurückgenommen.

Das Ergebnis der Inventur der Impfstoffmengen: Es sind nicht genügend Impfstoffe vorhanden. Panik in den Gesundheitsverwaltungen. Am nächsten Tag verkündet Karl Lauterbach gemeinsam mit Finanzminister Lindner, dass 2 Mrd Euro bereitgestellt werden, um weitere Impfstoffe zu besorgen.

Im Bundestag verkündet der Bundeskanzler: Wir werden die Pandemie besiegen. Die Debatte zur Impfpflicht hält an. Erste Abgeordnete der FDP wenden sich dagegen. Der Ethikrat spricht sich mehrheitlich dafür aus. Prof. Streek wendet sich mit handfesten Argumenten gegen eine solche gesetzliche Regelung. Man könne nicht ein einzelnes Virus zum Eingriff in ein solches Grundrecht nutzen.

Der neu geschaffene Expertenrat verkündet am 19.12.2021 ein schlimmes Szenario im Hinblick auf die sich ausbreitende Omikron-Variante, fordert sofortige Kontaktbeschränkungen und warnt vor Gefährdungen der systemrelevanten Infrastruktur (Strom, Wasser, Polizei, Feuerwehr, Krankenhäuser). Mitglieder des Gremiums warnen aber vor zu frühen Beschränkungen. Lauterbach verkündet, dass es vor Weihnachten keinen Lockdown geben werde. Die Bundesländer fordern aber sofort einheitliche Regelungen. Im Gespräch ist ein eingeschränkter Lockdown ab 28.12., Hamburg will diesen bereits ab 23.12.

Die MPK beschließt am 21.12. weitere moderate Einschränkungen, jedoch keine neuen vor Weihnachten. Klubs und Diskotheken sollen danach geschlossen werden, sportliche Großveranstaltungen nur noch ohne Publikum stattfinden. Private Treffen werden eingeschränkt. Kurz vor der MPK fordert das RKI – unabgestimmt mit Lauterbach – noch weitergehende Maßnahmen, was zu großer kommunikativer Verwirrung führt. Zwei Bundesländer erklären, dass ihnen die beschlossenen Maßnahmen nicht weit genug gehen.

Nachdem Berlin die Bürger bereits aufgefordert hat, sich nach drei Monaten boostern zu lassen, zieht die Stiko nach und empfiehlt diesen Rhythmus jetzt überall.

Ein großer Hersteller von Klopapier will demnächst seine Preise um 20 Prozent erhöhen. Verschwörungsfanatiker prognostizieren im Internet für Beginn des Jahres Probleme in der Grundversorgung mit Strom, Wasser und Lebensmitteln. Sie bringen das auch in Zusammenhang mit dem Konflikt um die Ukraine. Sie fordern die Bürger auf, sich zu bevorraten.

Der Regierungssprecher erklärte am 22.12. als angebliches Ziel der Regierung, bis 07.01.2022 eine Impfquote von 80 % (Erstimpfung) zu schaffen. Bundeskanzler Scholz hatte am Vortag für diese Ziel kein Datum genannt. Dieses irrealer Ziel haben die Medien auch nicht weitergegeben. Erst als der gleiche Sprecher diese Zielquote am 27.12. auf Ende Januar 2022 verschob, meldeten alle Medien einheitlich die Sensation, dass die Bundesregierung ihr Impfziel nicht termingerecht erreichen wird. Dass 30 Millionen Impfungen bis Weihnachten trotz Mangel an Biontec-Impfstoff bis Weihnachten geschafft wurden, ging dabei fast unter.

Die Inzidenz sinkt weiter (215,6). Trotzdem treten am 28.12. in mehreren Bundesländern neue verschärfte Regeln in Kraft. Entgegen der Vereinbarung in der MPK dürfen aber in Berlin Hallen und Stadien weiter besucht werden (keine Geisterspiele). Bei Kulturveranstaltungen gilt aber die Regel 2G++ (Geimpft-geboostert, negativ getestet, Maske auch am Platz). Unser teures Silvesterkonzert haben wir deshalb storniert. Vehement wird in den Medien weiter eine Impfpflicht gefordert.

Anfang 2022 steigen wie erwartet die Zahlen wieder. Das Land mit der höchsten Impfquote – Bremen – wird zum Hotspot in der Omikron-Welle. Im früheren Hotspot Sachsen sinken die Zahlen, sodass Lockerungen geplant werden.

Anfang des Jahres 2022 gibt es ein allgemeines Klagen über angeblich fehlende Zahlen aus den Gesundheitsämtern, sodass keine verlässliche Datengrundlage für politische Entscheidungen bestünde. Dass die Ministerpräsidenten sich mal auf die Hospitalisierungsrate als Eckwert geeinigt hatten, spielt offensichtlich keine Rolle mehr. Die Inzidenzen sind hoch, die Hospitalisierung gering.

Um die kritische Infrastruktur zu schützen, werden Quarantäne-Regeln für Infizierte, Kontaktpersonen und Geboosterte verkürzt.

Vehement wird über eine allgemeine Impfpflicht diskutiert. Anfang 2022 gibt es aber keine Gesetzentwürfe. Der Bundestag will erst Ende Januar darüber diskutieren. Scholz fordert schnelle Entscheidung. Die CDU will keinen eigenen Antrag einbringen, sondern verlangt von der Regierung eine Vorlage. Der Ethikrat hat nach seiner Zustimmung zur Impfpflicht im Dezember nun doch wieder Bedenken, da nicht alle niedrigschwellige Angebote ausgereizt seien.

Mitte Januar gibt es neue Spitzenwerte bei den Infizierten, aber weniger Krankenhauseinweisungen. Ein paar Maßnahmen werden verschärft, um die kritische Infrastruktur zu schützen, um die Omikron-Welle zu strecken. Plötzlich will sogar Söder eine neue Strategie gegen das Virus. Deutschland nähert sich mehr und mehr der These „mit dem Virus leben“.

Die Inzidenzwerte sind Mitte Januar 2022 in den Ländern mit der besten Impfquote am höchsten (Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin). Die früheren Hotspots Sachsen und Thüringen haben Mitte Januar die niedrigste Inzidenz.

Mitte Januar wurde der Genesenenstatus durch das RKI von sechs auf drei Monate verkürzt. Über Nacht fielen so Rechte für Genesene weg. Die Bundesländer protestierten beim Bundeskanzler.

Interessant: Im Bundestagsplenum gilt weiter die alte Regel, die aber jetzt geändert werden soll. Innerhalb der EU gilt der Genesenenstatus weiterhin 6 Monate.

Weil die Laborkapazität in Deutschland nicht reicht, werden künftig die PCR-Tests priorisiert. Vor allem Mitarbeiter des Gesundheitswesens sollen sie bekommen, alle anderen sollen den Antigentest verwenden. Verschwurbelt das nun die Infektionszahlen, denn als infiziert gilt jemand mit positivem PCR-Test?

Obwohl die MPK am 24.01. an den bisherigen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie angesichts höchster Infektionszahlen festhält, will Bayern in Stadien wieder 10 000 Zuschauer zulassen.

Bei der Handball-EM in Bratislava sind von 17 deutschen Nationalspielern nur vier nicht positiv getestet. Ersatzgeschwächt scheidet die Mannschaft aus dem Turnier aus. Wie kommt es aber zu den Infektionen in der „Blase EM“, beim Spiel, im Hotel?

Obwohl in Berlin ab Samstag Ferien sind, wird plötzlich am Montagnachmittag die Präsenzpflcht in der Schule bis Ende Februar aufgehoben. Die Koalitionspartner der SPD Linke und Grüne sowie die Bezirke erfahren das aus den Medien.

In Deutschland wurden bis Januar 2022 162,1 Mio Impfungen verabreicht. Es wurden aber 204,7 Mio Zertifikate durch Apotheken, Ärzte und Impfzentren über eine absolvierte Impfung ausgestellt. Das sind 42,6 Mio mehr als Impfungen.

Ab 1. Februar 2022 gelten die ersten zweifach Geimpften, die noch keine Auffrischung erhalten haben, als nicht mehr vollständig geimpft (z. B. alle, die im Mai 2021 ihre 2. Impfung erhalten haben).

Obwohl Bundestag (mit Mehrheit auch mit CDU/CSU) und Bundesrat (einstimmig) im Dezember 2021 eine einrichtungsbezogene Impfpflicht beschlossen haben, die vulnerable Personengruppen besonders schützen und ab 15.03.2022 gelten soll, verkündet Markus Söder (Bayern) im Alleingang, das Bundesrecht in Bayern nicht umsetzen zu wollen. Er begründet das mit der Gefahr, dass dann viele Mitarbeiter nicht mehr arbeiten dürfen und damit das Gesundheitswesen seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. (Ein Argument, das auch bei der Beschlussfassung schon auf dem Tisch lag) CDU-Politiker pflichten ihm bei, SPD-Regierungen reagieren empört und beharren auf Durchsetzung. Der Bundeskanzler und der Gesundheitsminister verweisen allerdings nur moderat auf die Rechtslage. Die ZEIT schreibt am 10.02.2022, noch bevor im Bundestag überhaupt über konkrete Anträge debattiert wird: Die Impfpflicht in Deutschland ist tot!

Immer mehr Bundesländer kippen die 2G-Regel für den Einzelhandel. Nach dieser durften nur mindestens zweifach Geimpfte+Booster oder negativer Test einkaufen. Jetzt können auch Ungeimpfte wieder in die Läden. Dass diese Regel nicht ausschließlich aus Infektionsschutzgründen eingeführt wurde, sondern Ungeimpfte zum Impfen ermuntern sollte, das wird jetzt aber unterschlagen.

Obwohl die Infektionen in Deutschland in der Omikron-Welle weiter steigen, entbrennt eine Debatte über Lockerungen. Diese werden befeuert durch Öffnungsentscheidungen in Großbritannien und Dänemark. Gesundheitsminister Lauterbach warnt auf einer Pressekonferenz vor solchen seiner Meinung nach verfrühten Entscheidungen und spekuliert mit angeblich dann täglich 500 Toten in der Pandemie. Einen Beweis für seine Spekulation bleibt er schuldig und wird deshalb heftig von den Medien attackiert.

Obwohl momentan kaum noch Impfwünsche in der Bevölkerung bestehen, werden künftig auch Apotheken nach interner Schulung impfen dürfen.

Pünktlich wie von Lauterbach vorausgesagt, erreicht die Omikron-Welle am 13.02.2022 in Deutschland ihren Höhepunkt, die Anzahl der Neuinfektionen nimmt seither ab. Das ist die Voraussetzung dafür, dass das Infektionsschutzgesetz mit seinen strengen Maßnahmen nach dem 19.03. nicht verlängert werden muss. Die Bundesländer wetteifern erneut im Hinblick auf Lockerungen auch davor, sodass immer wieder Warnungen ausgestoßen werden. Welche Auswirkungen dies auf die geplante Impfpflicht haben wird, bleibt unklar.

Obwohl uns aus Israel die Erkenntnis erreicht, dass offensichtlich zu früh geboostert wurde, empfiehlt die Stiko am 15.02.2022 eine 4. Impfung für die über 70jährigen. Ich werde mir diese Spritze aber nicht vor Herbst geben lassen!

Lauterbach verkündet, dass er dem RKI die Berechtigung zur Festlegung des Genesenen-Status wieder entziehen wird, weil er nicht die politische Verantwortung für die Entscheidung Dritter tragen kann.

55 Mio Impfdosen der COVAX-Initiative für die 3. Welt müssen demnächst vernichtet werden.

Am 16.02.2022 beschließen Bund und Länder einen dreistufigen Lockerungsplan: Aufhebung von privaten Kontaktbeschränkungen, Aufheben der 2G-Regel in Geschäften, wieder 3G in Restaurants ab 4.3., mehr Leute bei Großveranstaltungen, aber Maskenpflicht im Inneren. Ab 20.03.2022 sollen alle tiefgreifenderen Maßnahmen des Infektionsschutzes aufgehoben werden. Die Länder beharren aber darauf, dass sie auch nach dem 19.03. noch einen „Sanikasten im Kofferraum“ haben, mit dem sie auf Infektionen lokal reagieren können. Der Begriff „Freedom Day“ für den Frühlingsanfang wird ausdrücklich vermieden. Die mögliche Anordnung einer Maskenpflicht in Innenräumen ist dabei am wenigsten umstritten.

Das RKI, das direkt dem Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach unterstellt ist, änderte erneut seine Risikobewertung zu Covid-19. Auf der Internetseite des RKI ist nicht mehr zu lesen: „Damit die Infektionsdynamik zurückgeht, müssen so viele Übertragungen wie möglich vermieden werden. Hierfür sind sowohl Kontaktreduktion (...) sowie die Impfung erforderlich.“ Stattdessen bekennt das RKI, dass die Schutzwirkung der Impfung nach wenigen Monaten nachlässt. Jetzt rät das RKI auch Geimpften und Geboosterten, sich weiter an die AHA-Regeln zu halten und möglichst wenig Kontakte zu anderen Menschen zu haben. Von der Impfung als Übertragungsschutz ist nicht mehr die Rede. Doch genau darauf stützen sich die Befürworter einer Impfpflicht. Im Bundestag wird am 17. März erneut diskutiert, ob eine Impfung gegen das Coronavirus verpflichtend für alle über 18 Jahren in Deutschland sein sollte. Die Unterstützer der allgemeinen Impfpflicht rund um die gesundheitspolitischen Sprecher Heike Baehrens (SPD) und Janosch Dahmen (Grüne) schreiben in ihrem Gesetzesentwurf, dass geimpfte Personen weniger zur Ausbreitung des Erregers beitragen. Als Grund, warum sie eine Impfpflicht durchsetzen wollen, schreiben sie: „Ausreichend hohe Impfquoten minimierten die Weiterverbreitung der Krankheit in der Bevölkerung.“

Der Deutsche Bundestag beschließt am 18.03.2022 ein geändertes Infektionsschutzgesetz. Danach entfallen ab 20.03.2022 alle wesentlichen Anti-Corona-Maßnahmen, es bleibt nur ein „Basisschutz“ (Masken im öffentlichen Verkehr, medizinischen und Pflegeeinrichtungen). Die Bundesländer können für "Hotspots" aber schärfere Regularien festlegen. Darum gab es heftigen Streit mit der Opposition und den Bundesländern. Vor allem wird verlangt, die allgemeine Maskenpflicht in Innenräumen beizubehalten.

Nur Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg erklären ihre Länder zu Hotspots und verlängern so die Schutzmaßnahmen bis Ende April. Bayern erklärt, dieses „schlampige Gesetz“ nicht umsetzen zu wollen. Die Hauptkritik bezieht sich darauf, dass es keine klaren Definitionen gibt, wann das Gesundheitswesen als überlastet angesehen wird und damit eine Hotspot-Entscheidung rechtssicher wäre. Lauterbach verweist auf den Justizminister Buschmann von der FDP und appelliert an die Handelsketten und Kultureinrichtungen, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und eine Maskenpflicht beizubehalten. Er appelliert an die Bevölkerung, sich impfen zu lassen und fordert eine Empfehlung für eine 2. Boosterimpfung für über 60jährige. Millionen Impfdosen drohen zu verfallen, weil sich kaum noch jemand impfen lässt. Ende März waren 76,6 Prozent der Bevölkerung wenigstens 1x geimpft, 58,6 Prozent hatten eine Boosterimpfung.

Am Montag, 04. April 2022, verkündet Karl Lauterbach im Ergebnis einer Konferenz der Gesundheitsminister, dass ab 1. Mai die Isolierung im Falle einer Corona-Infektion nur für 5 Tage freiwillig sei. Gegen diese Entscheidung wird massiv protestiert, das sei die „Durchseuchung der Bevölkerung“. Daraufhin erklärt Lauterbach in einer Talkshow im ZDF am Dienstag gegen Mitternacht, dass er diese Entscheidung wieder kassiere und die Gesundheitsämter weiter verpflichtet bleiben, 5 Tage Isolierung verpflichtend anzuordnen. Von der vorherigen Entscheidung, die getroffen worden sei, weil die Gesundheitsämter überlastet seien, sei eine „falsche Botschaft“ ausgegangen. Die Opposition schlägt Karl Lauterbach eine „Talkshow-Quarantäne“ vor.

Am gleichen Tag haben sich zwei Gruppen im Bundestag (Abgeordnete der SPD, der Grünen und der FDP) auf einen gemeinsamen Entwurf für ein Impfpflicht-Gesetz im Deutschen Bundestag geeinigt. Eine Pflicht soll nun nur noch für Bürger ab 60 gelten.

Nach zwei Stunden heftiger Debatte lehnt der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf für eine allgemeine Impfpflicht, aber auch alle anderen Anträge zu Für und Wider einer Impfpflicht ab. Es ist großes deutsches Theater im Deutschen Bundestag und eine Niederlage für die Ampel-Regierung. Es nützte auch nichts, dass der Bundeskanzler die Außenministerin wegen der Abstimmung von der Außenministerkonferenz der NATO in Brüssel zurückbeordnete.

Am 15.04.2022 wird in den Medien mitgeteilt, dass es ab sofort keine Lohnfortzahlung mehr gebe, wenn keine Boosterimpfung erfolgt sei. Dies hätten die Gesundheitsminister Ende März vereinbart. Brandenburgs Gesundheitsstaatssekretär Michael Ranft dazu: „Das Infektionsschutzgesetz sieht ausdrücklich vor, dass eine Entschädigungsleistung nicht gewährt wird, wenn das Tätigkeitsverbot oder die Absonderungsanordnung durch Inanspruchnahme einer öffentlich empfohlenen Schutzimpfung hätte vermieden werden können. Wir haben hier eine klare Rechtslage. Mittlerweile hatten alle Bürgerinnen und Bürger ausreichend Zeit und Gelegenheit, ihr Impfangebot sowie eine Auffrischungsimpfung wahrzunehmen. Es stehen Corona-Impfstoffe in ausreichenden Mengen zur Verfügung, landesweit werden Impfungen gegen Covid-19 angeboten.“

Stand:

30.01.2021/03.02.2021/05.02.2021/07.02.2021/15.02.2021/16.02.2021/18.02.2021/19.02.2021/07.03.2021/14.03.2021/  
16.03.2021/19.03.2021/23.03.2021/24.03.2021/28.03.2021/02.04.2021/06.04.2021/29.04.2021/01.05.2021/28.05.2021/  
30.05.2021/01.06.2021/07.07.2021/29.07.2021/04.08.2021/11.08.2021/16.08.2021/23.08.2021/03.09.2021/15.09.2021/  
30.09.2021/09.10.2021/12.10.2021/18.10.2021/26.10.2021/04.11.2021/12.11.2021/18.11.2021/20.11.2021/24.11.2021/  
30.11.2021/02.12.2021/04.12.2021/09.12.2021/16.12.2021/22.12.2021/28.12.2021/07.01.2022/15.01.2022/25.01.2022/

27.01.2025/29.01.2022/10.02.2022/16.02.2022/17.02.2022/08.03.2022/18.03.2022/31.03.2022/06.04.2022/07.04.2022/  
15.04.2022